



Gewerkschaft der Polizei

Bundespolizei | Zoll

Gewerkschaft der Polizei · Forststraße 3a · 40721 Hilden

An den Bundesminister des Innern,
Herrn Alexander Dobrindt, MdB

**Bezirk Bundespolizei | Zoll
Bezirksvorstand**

Forststraße 3a
40721 Hilden

Telefon: 0211 7104-0
Telefax: 0211 7104-555

gdp@gdp-bundespolizei.de
www.gdp-bundespolizei.de

Offener Brief

1. Oktober 2026

Bundesalimentationsgesetz:

Der Geduldsfaden ist gerissen, Herr Minister!

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister Dobrindt,

erst gestern hat die GdP die unhaltbaren Zustände in den Sicherheitsbehörden unseres Landes angeprangert. Wir fordern ein geordnetes Wechselverfahren zwischen den Ländern, eine spürbar bessere Besoldung und endlich echten politischen Rückhalt für die Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich den Kopf für unseren Rechtsstaat hinhalten.

Für den GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll füge ich heute in aller Deutlichkeit hinzu: Man kann die Kolleginnen und Kollegen in Zeiten historischer Dauereinsätze nicht in eine beispiellose Zerreißprobe treiben und ihnen gleichzeitig die rechtlich zustehende Existenzsicherung verweigern.

Im Zentrum unserer tiefen Frustration steht ein Versprechen, das Sie und Ihre Vorgänger den Beschäftigten des Bundes nun schon seit Jahren schulden: die verfassungskonforme, amtsangemessene Alimentation.

Das Bundesverfassungsgericht hat schon vor Jahren unmissverständlich klargestellt, dass die Besoldung in weiten Teilen verfassungswidrig zu niedrig bemessen ist. Nach unzähligen Anläufen, Vertagungen und Absichtsbe-kundungen sollte das Bundesalimentationsgesetz angeblich noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Uns wurde zugesichert, dass ein neuer, tragfähiger Entwurf nach der Sommerpause bis Ende September vorliegen würde.

Nun ist der September vorbei. Und das Ergebnis ist so ernüchternd wie symptomatisch für den aktuellen Um-gang mit der Bundespolizei und dem Zoll: Es ist wieder absolut nichts passiert.

Die Geduld der Kolleginnen und Kollegen ist restlos aufgebraucht. Während die Einsatzdichte und die Belas-tungsgrenzen – nicht zuletzt durch personalintensive Migrationslagen und dauerhafte Grenzkontrollen – his-



torische Höchststände erreichen, verweigern Sie den Beschäftigten die ihnen rechtlich zustehende finanzielle Sicherheit. Wir reden hier nicht über Boni oder Gefälligkeiten, sondern über die verfassungsrechtliche Pflicht des Dienstherrn. Stattdessen verheddert sich Ihr Haus in juristisch höchst bedenklichen Konstrukten wie dem fiktiven Partnereinkommen, um berechnete Ansprüche kleinzurechnen. Das hat mit gelebter Wertschätzung absolut nichts mehr zu tun!

Dieser anhaltende Zustand ist eine Katastrophe für die Attraktivität unserer Behörden als Arbeitgeber. Die Bundespolizei und der Zoll stehen in einem harten Wettbewerb um die besten Köpfe. Wenn der Bund jedoch als Dienstherr demonstriert, dass für ihn die verfassungsgemäße Besoldung der eigenen Leute keine Priorität hat, wird der öffentliche Dienst sowohl im Halten der bestehenden Kräfte als auch im Werben um Nachwuchskräfte massiv abgehängt. Sie riskieren sehenden Auges einen personellen Aderlass, den die innere Sicherheit dieses Landes nicht verkraften kann.

Wir erleben Zeiten, in denen unsere demokratischen Institutionen und der gesellschaftliche Zusammenhalt unter massivem Druck stehen. Die Politik in diesem Land befindet sich an einem Scheideweg. Wenn der Staat in einer solchen Phase ausgerechnet denjenigen die verfassungsgemäße Wertschätzung verweigert, die als Gesicht und Schutzschild dieser Demokratie den Kopf hinhalten, sendet das ein fatales Signal. Wer die Demokratie und den Rechtsstaat stärken will, darf die Handlungsfähigkeit und das Vertrauen der eigenen Sicherheitsbehörden nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Eine amtsangemessene Alimentation ist keine politische Verhandlungsmasse, sondern ein Fundament staatlicher Verlässlichkeit.

Dass wir diesen Weg des offenen Briefes wählen müssen, liegt auch an der fortwährenden Verweigerungshaltung Ihres Hauses. Konkrete Gesprächsangebote wurden vertagt oder mit leeren Phrasen beantwortet. Wer den Dialog mit den legitimen Vertretern der Beschäftigten meidet, darf sich nicht wundern, wenn der Protest unüberhörbar in der Öffentlichkeit landet.

Herr Minister, die Kolleginnen und Kollegen ertragen keine Lippenbekenntnisse mehr. Sie erwarten verlässliche Taten. Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf: Legen Sie unverzüglich den überarbeiteten, verfassungskonformen Entwurf für das Bundesalimentationsgesetz vor und beenden Sie damit die Hinhaltetaktik! Die innere Sicherheit steht auf dem Spiel – und Sie riskieren gerade das Vertrauen derer, die sie tagtäglich garantieren.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll